

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe August 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- [Ärzte-Liga: Ärzte in Ehrfurcht vor dem Leben](#)
- [Zehntausende auf unbezwingbarem Friedensmärschen nach Kiew](#)
- [Karin Leukefeld: Die Verantwortung des Westens für das Elend im Mittleren Osten](#)
- [Jürgen Todenhöfer: Krieg führt zu Terror, führt zu mehr Krieg, ...](#)
- [Weißbuch der Bundesregierung bleibt unkonkret und ist konfrontativ](#)
- [Willy Wimmer sieht uns auf dem Weg zu einer globalen Katastrophe](#)
- [Thierry Meyssan: Der Niedergang der NATO](#)
- [ARD: Der große Atomdeal](#)

Zitat des Monats von [Willy Wimmer](#) (Video 0h08, ab 5. Minute)

**Wir wollen ein Europa des Völkerrechts
und nicht ein Europa einer aggressiven NATO.**

- **Ärzte-Liga: Ärzte in Ehrfurcht vor dem Leben**

Um gemeinsam daran mitzuwirken, dass das ärztliche Ethos in der hippokratischen Tradition erhalten bleibt, hat sich im November 2015 die [Liga der 'Ärzte in Ehrfurcht vor dem Leben' gegründet](#).

In einem ersten Schritt erklären die Gründungsmitglieder: "Der Arzt muss immer auf der Seite des Lebens stehen. Niemals darf er auf die Seite des Todes wechseln. Es darf deshalb niemals eine Interaktion zwischen Arzt und Patient geben, deren Ziel darin besteht, dass der Patient anschließend tot ist. Nach der Verabschiedung des neuen § 217 StGB wird versucht, einen Erwartungsdruck auf Ärzte zu erzeugen, genau solche Interaktionen im Rahmen einer Suizidbeihilfe einzugehen; das Gesetz erlaubt dies jedoch nicht."

Der moralische Stand einer zivilisierten Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Der Lebensschutz ist in unserem Grundgesetz sowie in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und in der 'Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte' von 1948 verankert.

In einem zweiten Schritt soll [der Aufruf breit in die Ärzteschaft getragen](#) werden.

[Inhalt](#) ↑

- **Zehntausende auf unbezwingbarem Friedensmärschen nach Kiew**

Über die vom 3. Juli bis 28. Juli stattfindenden Friedensmärsche nach Kiew wurde [in unseren Medien praktisch nichts berichtet](#) und damit der [Aufschrei der ukrainischen Menschen gegen die gegenwärtigen Verhältnisse](#) bewusst missachtet (Red.).

Am Ende fanden sich [Zehntausende Teilnehmer auf dem Maidan-Platz in Kiew](#) ein, nachdem zunächst versucht worden war, die beiden Demonstrations- und Prozessionszüge nicht in die Hauptstadt einzulassen.

Es handelte sich um zwei kirchliche Prozessionszüge, aus dem Osten und dem Westen des Landes, wozu vor allem die orthodoxe Kirche, aber auch Regierungskritiker und Kriegsgegner aufgerufen hatten. [Über die Wochen schlossen sich immer mehr Menschen den Zügen an](#). Obwohl der Friedensmarsch immer wieder von ultrarechten und nationalistischen Gruppierungen attackiert wurde, ließen sich die Teilnehmer nicht provozieren und beendeten ihren Marsch friedlich.

Eine [Tagebuch \(inkl. Videos\)](#) über die überwältigende, machtvolle Demonstration und die parallel dazu laufenden politischen Prozesse wurde bei [quer-denken.TV](#) zusammengestellt (Red.).

[Inhalt](#) ↑

- **Karin Leukefeld: Die Verantwortung des Westens für das Elend im Mittleren Osten**

In einem Interview mit Jens Wernicke stellt Karin Leukefeld ihr neues Buch "[Syrien zwischen Schatten und Licht](#)" vor, in dem sie Syriens Geschichte und Entwicklung in den letzten 100 Jahren darstellt. Bis 1916 war Großsyrien Provinz des Osmanischen Reiches und wurde dann durch das Sykes-Picot-Abkommen der Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien willkürlich zerschnitten. Mit der Balfour-Erklärung vergab Großbritannien zusätzlich Palästina, Teil des ehemaligen Großsyriens, an die zionistische Nationalbewegung, also an Menschen, die nicht aus der Region stammten. Die Menschen dieser wirtschaftlich, kulturell und sozial gewachsenen Region wurden so durch koloniale Einmischung um ihre Vorstellung von Unabhängigkeit betrogen. Sowohl Frankreich als auch Großbritannien versagten in ihrem späteren Mandatsauftrag, die von ihnen kontrollierten Mandatsgebiete in die staatliche Unabhängigkeit und zu nationaler Selbstbestimmung zu begleiten.

Heute sind neben den Briten und den Franzosen noch sehr viel mehr Staaten an der Zerschlagung der Region beteiligt: Regionale Interessen von Israel, den Golfstaaten und der Türkei spielen eine Rolle. Aber auch die EU, insbesondere die dominierenden USA und das zu Syrien stehende Russland sind involviert. Auf der anderen Seite sind der Iran, Indien und China interessiert, dass die Region des Nahen Ostens politisch nicht zerfällt und nicht von Regierungen kontrolliert wird, deren Staaten ganz woanders liegen. Heute werden historisch gewachsene Gebiete und gesellschaftliche Entwicklungen wegen geostrategischer Ziele zerstört. Die ehemals integrative Rolle der islamischen Kultur und des Judentums wurden ersetzt durch islamistische Gruppen und ein destruktives Israel, das diese Gruppen unterstützt.

Für die Syrer kam die Rücktrittsforderung der USA gegenüber Assad überraschend; der Abbruch der vielen Projekte mit der EU unter Abzug der europäischen Mitarbeiter und Abwerbung der syrischen Mitarbeiter zerstörte die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit Europa. Sanktionen und die Belagerung des Landes bringen die nationale Wirtschaft zum Erliegen, Menschen werden arbeitslos. 35'000 Ärzte und Mediziner haben Syrien verlassen, Menschen, die in ihrer Heimat dringend gebraucht werden. Eine Befriedung Syriens durch konstruktive Vorschläge der UN, syrischer Oppositioneller und der Arabischen Liga werden durch die rigide Forderung nach Assads Rücktritt und durch Waffenlieferungen an die islamistischen Kampfgruppen unterlaufen.

Die deutsche Regierung hat die von den USA betriebene Entwicklung seit 2011 in vollem Umfang mitgemacht. Im Norden Syriens hat sie KSK-Soldaten im Einsatz, auch wenn dies offiziell dementiert wird. Waffen aus Europa, auch aus Deutschland gelangen über verschiedene Wege nach Syrien in die Hände von islamistischen Kampfgruppen. Aber die deutschen Medien berichten nicht darüber.

Die Kraft der Syrer hat die Struktur ihres Landes über die betrachteten 100 Jahre am Leben erhalten. Nach Leukefeld werden Syrer mit ihrem großen Reichtum an historischem, politischem und kunsthandwerklichem Wissen, an Humor, an Geduld sowie einer enormen Erfahrung im interreligiösen Dialog und im Umgang mit einer vielfältigen Gesellschaft ihr Land weiterhin erhalten.

Über die verheerende Wirkung der EU-Wirtschaftssanktionen berichtet Leukefeld auch an anderer Stelle. [Durch die Kriegs-und Wirtschaftssituation blüht der Schmuggel und die Korruption.](#) Alle Waren wurden dadurch sehr teuer. Video (0h12)

In Aleppo, wo einmal mehr als drei Millionen Menschen lebten, sind 2012 die Kämpfe von der damaligen "Freien Syrischen Armee" in die Stadt hineingetragen worden. Heute leben in der Stadt noch 1,5 Millionen, von denen ca. 300'000 mit den bewaffneten Kämpfern eingeschlossen sind. [Von den Kämpfen ist die gesamte Stadtbevölkerung betroffen](#), insbesondere seit der Ausfall der Pumpen die Wasserversorgung in der ganzen Stadt unmöglich macht. Westliche Militärstrategen betonen die Bedeutung der historisch bedeutenden Stadt für die Kontrolle der Region. Nahe von Aleppo befindet sich zudem der Grenzübergang zur Türkei, über den seit 2011 Kämpfer, Waffen und Munition nach Syrien gelangen.

[Karin Leukefeld](#), Jahrgang 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (25.07.2015, Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Jürgen Todenhöfer: **Krieg führt zu Terror, führt zu mehr Krieg, usw.**

Jürgen Todenhöfer ruft den Westen erneut dazu auf, seine terroristischen Kriege und Waffenlieferungen zu beenden und aus dem Mittleren Osten zu verschwinden. Er erinnert daran, dass in Afghanistan, Pakistan, Irak, Libyen, Syrien oder Somalia nicht Hunderte wie bei uns sondern Millionen starben. Todenhöfer mahnt, dass der Westen den IS mit Bombenkriegen nie besiegen, allenfalls in den Untergrund zwingen wird.

Todenhöfer erinnert auch an die Worte des französischen Philosophen Jean-Paul Sartre zur Blindheit der Politiker gegenüber ihrer Mitschuld am Gegenterror: "Das ist der Moment des Bumerangs. [Die Gewalt schlägt auf uns zurück](#) und wir verstehen so wenig wie früher, dass es unsere eigene Gewalt ist."

Todenhöfer wiederholt seine Sicht: "Nur sunnitische Araber können den (angeblich) sunnitischen IS ein für allemal ausrotten. Die Sunniten des Irak seien dazu bereit, wenn sie in ihrem Land die gleichen Rechte bekommen wie die Schiiten." Dazu bedürfe es einer echten nationalen Aussöhnung, doch Washington greife den vorliegenden Vorschlag nicht auf.

Am Krieg verdiene nur die Waffenindustrie. Das Volk dürfe immer nur bezahlen. Mit Geld, Blut und Tod. Todenhöfer ruft dazu auf, diesem mörderischen Dilettantismus nicht länger zusehen.

[Jürgen Todenhöfer](#), Jg. 1940, ist promovierter Jurist, Publizist und ehemaliger Medienmanager. Er war 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU. Er unterstützte den von den USA geförderten Guerillakrieg gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Ab etwa 2001 profilierte sich Todenhöfer als Kritiker der US-Interventionen in Afghanistan und im Irak. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Weißbuch der Bundesregierung bleibt unkonkret und ist konfrontativ

Die Bundesregierung hat im Juli das 'Weißbuch' (jeweils als PDF [im Original](#) oder [als Zusammenfassung](#) herunterladbar) als Grundlagendokument und Leitfaden für die Sicherheits- und Rüstungspolitik Deutschlands in den nächsten Jahren veröffentlicht. Der sicherheitspolitische Horizont solle global sein. [Deutschland solle als europäischer Pfeiler der NATO mehr Verantwortung in einer Welt im Umbruch übernehmen](#). Darüber hinaus soll sich die Bundeswehr stärker in UN-Friedensmissionen engagieren und dort auch Führungsverantwortung übernehmen.

Dazu bedürfe es mehr Personal und Ausrüstung. Die Bundeswehr soll für EU-Bürger geöffnet werden und bei großangelegten Terroranschlägen die Polizei unterstützen - ohne Grundgesetzänderung. Eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion soll weiterverfolgt werden. Die Bundesregierung strebe einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an, der als Fernziel reformiert werden soll. Die Beteiligung an der nuklearen Abschreckung der NATO soll fortgesetzt werden.

Trotz der Beteiligung von nationalen und internationalen Experten bei der Diskussion in zehn Workshops während seiner Entstehung [bleibt das 'Weißbuch' in entscheidenden Punkten im Ungefähren](#), wie z.B. bei der "hybriden Kriegsführung".

Die im 'Weißbuch' dargestellte Sicherheits- und Rüstungspolitik der Bundesregierung ist [nach Einschätzung der 'Kooperation für den Frieden' friedensgefährdend und konfrontativ](#), besonders gegenüber Russland. Es stehe für eine weitere dramatische Aufrüstung, für eine weltweite interventionistische Politik, für eine schleichende Militarisierung im Innern und eine Militarisierung Europas sowie für die Fortsetzung eines hemmungslosen Rüstungsexports.

Alternativ dazu fordert die 'Kooperation für den Frieden', dass sich Sicherheitspolitik der Friedenspolitik unterordnen muss. Friedenspolitik habe sich am absoluten Primat des Friedens, der umfassenden Abrüstung, der Abschaffung aller Atomwaffen, den Grundsätzen der zivilen Konfliktbearbeitung sowie am Völkerrecht und an internationaler Gerechtigkeit zu orientieren.

Friedenspolitische Alternativen können nur in einem Ringen um soziale Demokratie, Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit realisiert werden. Sie verlangen die Wiederbelebung einer Entspannungspolitik, weltweite inklusive Friedensstrukturen und die Überwindung der Militärblöcke, besonders der NATO.

Angeknüpft werden könne dabei an die militärkritische Grundstimmung in der Bevölkerung, die Kriegseinsätzen aufgrund der Erfahrungen aus zwei Weltkriegen skeptisch gegenübersteht. In diesem Sinne ruft die 'Kooperation' lt. Pressemitteilung des IPPNW zur Demonstration der Friedensbewegung am 8. Oktober 2016 in Berlin auf.

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Willy Wimmer sieht uns auf dem Weg zu einer globalen Katastrophe

Im Interview legt Willy Wimmer dar, dass der Charakter der NATO ohne Zustimmung der Parlamente der Mitgliedstaaten, die vor vielen Jahren dem NATO-Vertrag zugestimmt haben, verändert wurde. [Die NATO ist nach Wimmers Einschätzung zu einer Aggressionsmaschine geworden](#), mit deren Hilfe die USA den Gürtel zwischen Afghanistan und Mali in Schutt und Asche legen - das NATO-Mitglied Türkei mit eingeschlossen.

Unter Erdogan habe sich die Türkische Republik innenpolitisch von Atatürks Modell abgewandt. Außenpolitisch habe die Türkei ihre kritische Sicht von Israel aufgegeben und kämpfe mit Israel gegen Syrien. Das Bemühen Erdogans um bessere Beziehungen zu Russland werden die USA nicht tolerieren.

Die deutsche Regierung habe die Chancen, Frieden in den Gürtel zwischen Afghanistan und Mali zu tragen, nicht realisiert und umgesetzt. Vielmehr habe sie eine Sicherheitssituation geschaffen, die den Schutz des deutschen Territoriums und der deutschen Bevölkerung nicht mehr gewährleiste. Das Hereinholen von Hunderttausenden von nicht identifizierten Leuten verstoße gegen den Amtseid, den die Bundeskanzlerin abgelegt habe.

Insgesamt nähern wir uns nach Wimmers Einschätzung einer globalen Katastrophe. *Liegt es nicht an uns, diese abzuwenden, indem wir uns trotz Manipulation aus den Ketten der Unmündigkeit befreien? (Red.)*

Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist unter Einschluss von Finanz- und Wirtschaftsfragen Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf höchster staatlicher Ebene Gespräche. Wimmer treibt die gegenwärtige Lage in der Ukraine und Syrien sowie der Umgang der Politiker damit, insbesondere von Kanzlerin Angela Merkel, um. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Thierry Meyssan: **Der Niedergang der NATO**

Die [Geschichte der NATO und ihre gegenwärtigen Aktivitäten](#) machen verständlich, wie der Westen seine Lügen konstruiert hat und warum er in Zukunft deren Gefangener ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellten sich die herrschenden westeuropäischen Eliten unter den "Schirm" der USA, die das Bündnis NATO immer weiter ausdehnten - u.a. 1955 durch die Aufnahme Westdeutschlands. Als Antwort organisierte die Sowjetunion den Warschauer Pakt in Osteuropa. Beide Pakte wandten auch innerhalb ihres Einflussbereichs mehr oder weniger offene Gewalt an, um ein Ausscheren von Mitgliedern zu unterbinden (Stichworte: Gladio, Ungarn, Tschechoslowakei).

Während die UdSSR den Warschauer Pakt bereits vor dem Fall der Berliner Mauer auflöste, behielten die USA die NATO-Mitglieder unter ihrer Abhängigkeit, womit sie weiterhin gegen die UN-Charta verstoßen. Nach dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Serbien setzten die USA tiefgreifende Reformen in der NATO durch. Mit dem 2001 neu aufgetauchten Feind "Terrorismus" gelang es den USA, die Mitgliedstaaten des Bündnisses dazu zu verpflichten, sich weltweit am Krieg gegen den Terror zu beteiligen und damit die US-Interessen zu verteidigen.

Dies geschieht aktuell im Nahen Osten wie in Osteuropa. Die NATO-Mitglieder werden in den Kampf gegen den von den USA 2006 gegründeten und bis heute logistisch unterstützten "Islamischen Staat" verwickelt. Hinsichtlich Osteuropa haben die USA durchgesetzt, dass die NATO permanente Militärstützpunkte an der russischen Grenze und einen Raketenabwehrschirm einzurichten hat. Damit wird auch sichergestellt, dass US-Soldaten und US-Waffensysteme dort eingesetzt werden. Dabei behalten die USA über den obersten Befehlshaber des Bündnisses die Macht in ihren Händen.

Die USA bestehen auch darauf, dass die NATO-Mitglieder zwei Prozent ihres BIP für den Militärhaushalt aufwenden. Die Bewaffnung z.B. mit Kampfflugzeugen geschieht in vollständiger Abhängigkeit von den USA. Dies mit der Folge, dass heute Russlands Mehrzweckkampfflugzeuge die NATO-Mitglieder vor Neid erblassen lassen.

Thierry Meyssan: Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des 'Réseau Voltaire' und der Konferenz 'Axis for Peace'. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, latein-amerikanischen und russischen Presse. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• ARD: **Der große Atomdeal**

Die Beseitigung atomarer Altlasten der deutschen Kernkraftwerke (KKW) ist zeitaufwendig und teuer. Zudem ist sie mit einem nicht kalkulierbaren Risiko behaftet. So kostet der Rückbau des KKW Lubmin (eines von 27 KKW) statt der veranschlagten 3,2 wohl 6,5 Mrd. Euro.

Bisher wird der Atom Müll aus dem Betrieb und aus Rückbaumaßnahmen in kraftwerksnahen großen Hallen zwischengelagert, sofern er nicht z.B. in das nun nicht mehr zur Verfügung stehende Endlager für schwach- und mittelaktiven Abfall Asse II kostenfrei abgegeben werden konnte. Auch für ein zukünftiges Endlager müssen die Konzerne keinen finanziellen Beitrag leisten.

Dabei ist bisher weltweit noch kein Endlager für hochradioaktiven Atom Müll in Sicht, der Millionen von Jahre strahlen wird. [Die Kosten für den Rückbau werden bis Ende dieses Jahrhunderts auf 169 Mrd. Euro geschätzt](#). Die Beteiligung der Konzerne am voraussichtlich 100 Jahre dauerenden Rückbau wird auf ca. 49 Mrd. Euro (bis vor kurzem 40) begrenzt. Um aus dieser Summe die geschätzten Aufwendungen zu bestreiten, müsste die Summe mit einem unrealistischen Zinssatz angelegt werden können.

Dies alles obwohl die betroffenen Energiekonzerne jahrelang Subventionen (190 Mrd. Euro) erhalten haben und die aus dem Kraftwerksbetrieb erwirtschafteten Gewinne (ca. 1 Mio. Euro/d)

an die Anteilhaber ausgeschüttet haben: seit 2000 allein 49,6 Mrd. Euro. Das nun durch die Regierung übernommene Risiko zu Lasten des Steuerzahlers erfolgt angeblich, um den Konzernen "einen ökonomischen Vorteil in der Bewertung ihrer Unternehmen und beim Zugang zu den Finanzmärkten" zu verschaffen. (Video 0h30, [Kurzbeschreibung](#))

Schon in dem Monitor-Beitrag "[Atomdeal: Gutes Geschäft für Atomkonzerne](#)" (Video, 0h07) vom Mai stellt Claudia Kemfert (DIW) fest: "Man hat sehr viel Subventionen bezahlt, man hat sehr viele steuerliche Vergünstigungen bezahlt. Die Stromkunden haben über Jahrzehnte sehr hohe Strompreise bezahlt und damit die Atomindustrie auch mit finanziert. Und jetzt kommt man ihnen [den Atomkonzernen] auch noch entgegen, wenn es darum geht die Kosten für die Endlagerung zu begleichen. Das ist einfach ein unfairer Deal für die Gesellschaft."

Die ARD gibt an, dass das 30min-Video Film bis 25.07.2017 im Netz zur Verfügung steht. Beim zweiten Video ist kein Verfallsdatum angegeben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.

[Inhalt](#) ↑